

Auszug aus dem Protokoll

Sitzungsdatum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
24.04.2024	8	29	3400	00.06.04

Motion Markus Wüest (SP) und Mitunterzeichnende betreffend «Klimaschutzreglement für Zollikofen», Erheblicherklärung

Ausgangslage

Am 30. August 2023 wurde folgende Motion eingereicht:

Erstunterzeichner: Markus Wüest (SP)
Mitunterzeichnende: Karin Steiner (SP), Hanspeter Anderegg (SP), Michael Fust (SP), Ratheeshan Gunaratnam (SP), Petra Spichiger (SP), Dominique Vögeli (SP), Monikas Flückiger (SP), Bruno Vanoni (GFL), Flavio Baumann (GFL), Claudia Degen (GFL), Manuel Buser (GFL), Annette Tichy (parteilos/GFL), Ruth Kaufmann (parteilos/GFL), Armin Thommen (GLP), Andreas Buser (GLP)

«Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein kommunales Klimaschutzreglement auszuarbeiten und dem GGR zum Beschluss vorzulegen. Das Klimaschutzreglement soll insbesondere folgende Aspekte und Instrumente umfassen.

- 1. Detaillierte Auswertung und Bekanntmachung der **Klimabilanz** für das Gemeindegebiet Zollikofen spätestens im zweiten Jahr nach Inkrafttreten des Klimaschutzreglements. Die Klimabilanz soll die Treibhausgasemissionen für die Gemeinde gestützt auf die Klimametrik-Datenbank des Kantons (Details dazu siehe: <https://www.weu.be.ch/de/start/themen/umwelt/klima.html>) aufzeigen und die Entwicklung im Vergleich mit dem Absenkpfad zum Netto-Null-Ziel 2050 kommentieren. Sie soll mindestens die Klimadaten der Gemeinde insgesamt, der Wärmeversorgung der Gemeinde insgesamt, der Wärme- und Stromversorgung der gemeindeeigenen Gebäude sowie der Mobilität in der Gemeinde insgesamt umfassen.*
- 2. Erstellung und Veröffentlichung eines **Absenkpfads** mit Teil- und Zwischenzielen für die bilanzierten Treibhausgasemissionen. Der Absenkpfad soll die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 gemäss Art. 31a Abs. 2 der Berner Kantonsverfassung für Zollikofen sicherstellen und damit der Vorbildfunktion der Gemeinde Rechnung tragen. Der Absenkpfad unterstützt darüber hinaus die durch das nationale Klima und Innovationsgesetz vorgegebenen Ziele und Richtwerte. Teilziele sollen für alle unter 1. erwähnten Bilanzelemente definiert werden. Zwischenziele sollen mindestens für 2030 und 2040 definiert werden.*
- 3. Erstellung und Veröffentlichung eines **Massnahmenplans** (Netto-Null-Fahrplan) zur Erreichung der im Absenkpfad definierten Ziele und Teilziele. Bereits bestehende Vorhaben mit Wirkung auf die Ziele und Teilziele können integriert und weiterentwickelt werden. Die einzelnen Massnahmen sollen zeitnah in die betroffenen Pläne und Strategien der Gemeinde integriert werden.*
- 4. Schaffung einer **Spezialfinanzierung Klimaschutz** zur Unterstützung von zielbeitragenden Massnahmen von privater Seite (z.B. Privatpersonen, Vereine). Die Spezialfinanzierung soll die von Bund und Kanton Bern vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten sowie kommerzielle Fi-*

finanzierungsinstrumente ergänzen, indem es Bürgschaften, zinsgünstige Darlehen und/oder andere zielgerichtete Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt. Die Spezialfinanzierung soll mit mindestens 50% der durch Konzessionsabgaben auf Strom- und Gasverbrauch erzielten Einnahmen der Gemeinde Zollikofen alimentiert werden.

5. Regelungen zu Verfahren und Zuständigkeiten für die Erstellung, den Vollzug und die periodische Aktualisierung von Klimabilanz, Absenkpfad und Massnahmenplan. Das Klimaschutzreglement legt auch die Ziele, Instrumente, Vergabemodalitäten sowie die Berichterstattung zur Verwendung der Spezialfinanzierung Klimaschutz fest. Die Aktualisierung und Veröffentlichung dieser Instrumente sollen dabei mindestens einmal pro Legislatur erfolgen.

Begründung

Mit dem Klima- und Innovationsgesetz hat die Schweiz in der Volksabstimmung am 18. Juni 2023 verschiedene Ziele und Massnahmen zum Klimaschutz verabschiedet. Die Schweiz will damit ihre internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz einhalten und sich bis 2050 weitmöglichst aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern befreien. Die Bevölkerung von Zollikofen hat diesen Volksentscheid wie bereits die Annahme des Klimaschutzartikels in der Berner Kantonsverfassung mit überdurchschnittlichen 69% Ja-Stimmenanteil unterstützt.

Die Gemeinde hat bereits verschiedene Klimaschutzmassnahmen ergriffen. Aus der jüngeren Vergangenheit zu nennen ist etwa der Beschluss für Energiestadt Gold oder auch die Erheblichkeitserklärung für die Motion «Förderprogramm» am 30. März 2022 (mehrjähriges Programm zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz). Die Umsetzung der zwei erwähnten Massnahmen ist erst teilweise konkretisiert und lässt sich in dem verlangten Klimaschutzreglement hervorragend integrieren. Neben der Klimabilanz und dem Absenkpfad können die im Rahmen von Energiestadt Gold diskutierten Massnahmen in den verlangten Massnahmenplan und die Ideen aus der Motion «Förderprogramm» mit der Spezialfinanzierung Klimaschutz integriert werden. Mit dem Klimaschutzreglement kann so ein gemeinsames, auf das Netto-Null-Ziel ausgerichtete Gesamtpaket erschaffen werden, das sicherstellt, dass die Gemeinde Zollikofen den langfristigen Zielpfad gemäss nationalem Klima- und Innovationsgesetz einhalten kann.

Das Klimaschutzreglement geht in seiner Zielsetzung nicht über die vom Schweizer Volk und auch der Gemeinde Zollikofen bereits beschlossenen Ziele hinaus, schafft aber eine kohärente Verbindung der gemeindespezifischen Massnahmen mit der übergeordneten Gesetzgebung von Bund und Kanton. Es zeigt den Gemeindebehörden und der Bevölkerung von Zollikofen auf, wo sie punkto Klimaschutz stehen. Es ermöglicht den Gemeindebehörden, eine langfristige Planung zum Klimaschutz zu erstellen und ihre anderen Pläne und Strategien damit abzustimmen. Die von Zollikofen bereits ergriffenen Massnahmen können in diese Pläne integriert, kontinuierlich und zielgerichtet weiterentwickelt oder ergänzt werden.

Mit der Schaffung einer Spezialfinanzierung Klimaschutz wird sichergestellt, dass die Umsetzung und Finanzierung der notwendigen Massnahmen auch von privater Seite (z.B. Privatpersonen, Vereine) in Zollikofen mitgetragen werden kann. Die Spezialfinanzierung soll dabei nur ergänzend zu bereits bestehenden öffentlichen und privaten Finanzierungsinstrumenten wirken. Die Finanzierung erfolgt auf einem Anteil der Gemeindeabgaben auf dem Energieverbrauch und erfolgt damit verursachergerecht. Sie ermöglicht zudem das für erheblich erklärte Anliegen aus der Motion Förderprogramm vom 30. März 2022 umzusetzen.»

Antwort Gemeinderat

Der Antrag umfasst mehrere Teile, auf die in der Folge einzeln eingegangen wird.

Klimabilanz

Eine Klimabilanz wird vom Kanton Bern pro Gemeinde zur Verfügung gestellt (<https://www.energis.apps.be.ch/klimametrik>). Die Energie- und Klimadatenplattform des Kantons Bern (Energis) visualisiert Energie- und Klimadaten im Kantonsgebiet. Die Plattform dient als Monitoring-Instrument, mit dem Erfolge auf dem Weg zur Klimaneutralität sichtbar werden. Die Daten lassen sich auf Gemeinde- und Gebäudeebene nach vielfältigen Kriterien darstellen. Die Funktionalität wird laufend ausgebaut und die Daten werden periodisch aktualisiert. Die zugrunde liegenden Daten stammen unter anderem aus dem eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregister (GWR). Die

Gemeinden führen das GWR mindestens vierteljährlich nach. Die Daten sind entsprechend nur so exakt und genau, wie die Einträge ins GWR von der Gemeindeverwaltung erfolgen. Die vom Motionär geforderten Inhalte (die Klimadaten der Gemeinde insgesamt, der Wärmeversorgung der Gemeinde insgesamt, der Wärme- und Stromversorgung der gemeindeeigenen Gebäude sowie der Mobilität in der Gemeinde insgesamt) sind darin abgebildet. Jedoch können z. B. die gemeindeeigenen Gebäude nicht einzeln ausgewiesen werden, diese sind aber in der Gesamtheit aller Gebäude in der Bilanz erfasst. Für die eigenen Gebäude führt die Gemeinde Zollikofen den von der Energiestadt geforderten «Enercoach» mit den entsprechenden Verbrauchsdaten.

Absenkpfad¹

Um das Label Energiestadt Gold zu erhalten, müssen die Gemeinden ab dem Jahr 2025 eine Klimastrategie haben. Um in der Klimastrategie die Reduktion der Treibhausgase mit Zielen zu versehen, ist ein Absenkpfad dienlich und so bereits angedacht. Der Kanton Bern unterstützt Gemeinden auch finanziell, die ihre Klimastrategie entsprechend dem «Wegweiser Klimastrategie» (<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/verminderungsmassnahmen/klimaprogramm/klimaprogramm-klimaberatung-gemeinden.html>) des Bundesamts für Umwelt erarbeiten mit der Übernahme von 50 % der anrechenbaren Kosten bis max. Fr. 20'000.00.

Die Gemeinde Zollikofen hat am 29. August 2018 von der Legislative den politischen Auftrag erhalten, in acht Jahren das Label Energiestadt Gold zu erreichen. Vorerst ist eine Rezertifizierung Energiestadt für das Jahr 2024 in Planung. Umsetzungen weiterer Massnahmen in Richtung Gold sollen erfolgen. Zusätzliche Kapazitäten dazu wurden durch die neue Stelle einer Umweltfachperson geschaffen. Die Stelle ist ab Anfang Mai 2024 personell besetzt, was eine Grundvoraussetzung ist, um den Weg Richtung Gold gehen zu können. Vorgesehen ist, auf die übernächste Zertifizierung im Jahr 2028 das Gold-Label zu erhalten und damit 75 % des Potenzials auszuschöpfen. Dazu müssen auch Massnahmen umgesetzt werden, die ebenfalls personelle Ressourcen erfordern.

Die Erarbeitung einer Klimastrategie muss Zollikofen angehen und ist für das Jahr 2025 vorgesehen. Mit der Klimastrategie soll ebenfalls der Absenkpfad mit Zwischenzielen erarbeitet werden.

Massnahmenplan

Ebenso wie der Absenkpfad sind auch Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgase und Anpassungen an den Klimawandel Teil der Klimastrategie, die Zollikofen angehen muss für den Weg in Richtung Energiestadt Gold.

Spezialfinanzierung Klimaschutz

Die Motion fordert die Schaffung einer Spezialfinanzierung Klimaschutz. Diese soll mit mindestens 50 % der durch Konzessionsabgaben auf Strom- und Gasverbrauch erzielten Einnahmen der Gemeinde Zollikofen alimentiert werden.

Wie bereits bei der Beantwortung der Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend «Mit einem Förderprogramm auf dem Weg zur Klimaneutralität» erläutert, sollen Spezialfinanzierungen grundsätzlich nur dort gebildet werden, wo zwischen der erfüllten Aufgabe und den von Nutzniessern direkt erbrachten Entgelten ein Kausalzusammenhang besteht. Von der Zweckbindung übriger Mittel ist abzusehen, weil sonst die Gefahr besteht, dass sich die Aufgabenerfüllung nach dem zufälligen Fluss beschlossener Zuschläge oder Rücklagenbildung richtet und der Einsatz der Mittel nach einer ausgewogenen Prioritätsordnung erschwert wird.

Die Gemeinde schränkt ihren eigenen Handlungsspielraum mit der Bildung einer Spezialfinanzierung selber ein. Der Bilanzüberschuss als Ausgleichsgrösse erlaubt die Bildung zweckfreier Mittel, ohne dass reglementarische Spezialfinanzierungen mit einengenden Vorschriften nötig sind.

Wie im Finanzleitbild/Finanzstrategie des Gemeinderats ausgeführt, werden gemeindeeigene Spezialfinanzierungen bewusst zurückhaltend eingesetzt, damit der finanzielle Handlungsspielraum möglichst uneingeschränkt für die öffentliche Aufgabenerfüllung zur Verfügung steht. Wie auch andere gemeindeeigene Aufgaben sollte die Finanzierung von «zielbeitragenden Massnahmen von privater Seite (z. B. Privatpersonen, Vereine)» über den ordentlichen Budgetprozess erfolgen. Über einzelne

¹ Der Bund und der Kanton Bern haben das Netto-Null-Ziel für den Ausstoss von Treibhausgasen bis ins Jahr 2050 definiert. Um dieses Ziel zu erreichen, hilft ein Absenkpfad mit Zwischenzielen. Als Diagramm dargestellt, ist auf der x-Achse die Zeit bis 2050 dargestellt und auf der y-Achse der CO₂-Ausstoss. Der Absenkpfad ist die Linie aus diesen zwei Parametern und dieser muss bis ins Jahr 2050 den Nullpunkt des CO₂ Ausstosses erreichen.

Positionen im Rahmen der jährlichen Budgetberatung können Projekte gezielt gefördert und ggf. priorisiert finanziert werden. Damit erfolgt keine Vorwegnahme der Mittelallokation und die Gleichbehandlung mit anderen selbstgewählten freiwilligen Gemeindeaufgaben bleibt gewährleistet.

Um solche «zielbeitragenden Massnahmen von privater Seite» finanziell zu unterstützen, ist zuerst das von der bereits erwähnten erheblich erklärten Motion verlangte Förderprogramm umzusetzen, damit Gelder gezielt und nach einheitlichem Vorgehen gesprochen werden können. Die Umsetzung ist bereits angedacht und für das Jahr 2024 und 2025 im Umsetzungsprogramm verankert. Bis anhin fehlte es an personellen Ressourcen dazu.

Die Zweckbindung respektive Spezialfinanzierung wurde in der Vergangenheit bereits mehrmals vom Grossen Gemeinderat abgelehnt: sei dies im Zusammenhang mit dem «Reglement über die Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung» an der Sitzung vom 30. März 2022 oder mit der Motion Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend «Vom Betagtenheim zum Mehrgenerationenhaus: Mit dem Verkaufserlös langfristige Wirkung erzielen - z. B. mit einem Generationenfonds» an der Sitzung vom 16. Januar 2016.

Fazit

Der Grosse Gemeinderat hat sich vor knapp sechs Jahren dafür ausgesprochen, als Energiestadt die Goldauszeichnung anzustreben. Dafür muss der Gemeinderat eine Klimastrategie erarbeiten, welche die erwähnten Aspekte mehrheitlich beinhaltet. Der Unterschied zum Reglement ist die Zuständigkeit (Strategie in Gemeinderatskompetenz / Reglement in Kompetenz des Grossen Gemeinderats). Ob eine zusätzliche Reglementierung und die Errichtung einer Spezialfinanzierung Klimaschutz notwendig und zweckmässig ist, soll im Rahmen eines Prüfauftrags abgeklärt werden. Der Gemeinderat ist deshalb bereit, die Forderungen als Postulat entgegenzunehmen.

Antrag Gemeinderat

Der Vorstoss von Markus Wüest (SP) und Mitunterzeichnende betreffend «Klimaschutzreglement für Zollikofen» wird in der Form als Postulat erheblich erklärt.

Hinweise:

- <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/verminderungsmassnahmen/klimaprogramm/klimaprogramm-klimaberatung-gemeinden.html>
- <https://www.weu.be.ch/de/start/themen/umwelt/klima.html>
- <https://www.energis.apps.be.ch/klimametrik>

Beratung

GGR-Präsident Fritz Pfister (SVP): Das Eintreten ist vorgegeben.

Markus Wüest (SP): Ihr habt es gehört, wir haben den ganzen Abend über Klimaschutz diskutiert. Raymond hat es gesagt, jetzt geht es ums Klimaschutzreglement. Aber eigentlich geht es gerade bei dem Traktandum im Moment noch herzlich wenig über den Klimaschutz. Ich beantrage die Erheblichkeitserklärung der Motion für ein Klimaschutzreglement in Zollikofen. Wir haben mit dieser Motion einen wichtigen Entscheid vor uns, aber noch nicht zum Klimaschutz. Die Motion verlangt, dass der Gemeinderat ein Klimaschutzreglement ausarbeitet und dem Grossen Gemeinderat vorlegt. Erst wenn das Reglement vor uns liegt, bestimmen wir über den Klimaschutz. Das gilt für alle Punkte, auch für das Förderprogramm etc. Ihr könnt im Motionstext Elemente und Ideen nachlesen, wie der Klimaschutz umgesetzt werden soll, was alles in ein solches Reglement integriert werden sollte. Ihr dürft daraus ableiten, was ich mir persönlich darunter vorstelle.

Wir haben Ende 2024 bekanntlich Wahlen des Grossen Gemeinderats. Was dann nachher, wenn wir das Reglement beraten, für Mehrheiten vorhanden sind, das wissen wir jetzt nicht. Ich weiss nicht einmal, ob ich noch mitdiskutieren werde.

Warum ist der Entscheid heute trotzdem wichtig? Eigentlich ist es ein demokratiepolitischer – man kann auch sagen machtpolitischer – Grundsatzentscheid. Die Frage lautet: Wer soll schlussendlich über den Klimaschutz in Zollikofen bestimmen können? Wollen wir als Grosser Gemeinderat ein gewichtiges Wörtchen mitreden oder nicht?

Wie ihr dem Motionstext und auch der Antwort des Gemeinderats entnehmen könnt, sind viele Massnahmen zum Klimaschutz mehr oder weniger bereits aufgegleist. Sie werden in der nächsten Zeit hoffentlich erste Wirkung zeigen.

Wir wissen aber, dass es nicht nur um die nächste Zeit geht. Wir, die Stimmbevölkerung von Zollikofen, haben erst vor knapp einem Jahr einem Netto-Null-Ziel für das Jahr 2050 zugestimmt. Jetzt ist das aber erst 2050, das ist ein sehr langer Zeithorizont. Es ist wichtig, dass wir lange Zeit haben. Öl, Gas, Benzin und Diesel in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten ganz aus unserem Leben zu verbannen, ist ein schwierig zu erreichendes Ziel. Dafür brauchen wir ein paar Jahre mehr, als nur eins, zwei. Es ist in Ordnung, wenn wir uns die Zeit nehmen. Aber – für einen solchen langen Zeithorizont reichen mir die Strategien und Konzepte des Gemeinderats nicht aus. Diese Instrumente haben sich gut etabliert für einen mittelfristigen Zeithorizont. Für die lange Perspektive, finde ich, brauchen wir ein Reglement.

Die Wissenschaft, die Wirtschaft und die Rahmenbedingungen auf Stufe Bund und Kanton werden sich in dieser Zeit noch in vielen Punkten ändern. Die Politik, auch in Zollikofen, wird sich immer wieder neu mit dem Klimaschutz auseinandersetzen müssen. Genau dafür ist der Grosse Gemeinderat da, um die unterschiedlichen Interessen in der Gemeinde einzubinden und Verhandlungen zu ermöglichen. Welche Massnahmen wollen wir, welche wollen wir nicht.

Das ist das wichtigste Ziel der Motion. Die Diskussion zum Klimaschutz soll mindestens einmal pro Legislatur auf einer guten Grundlage stattfinden können, so dass sich alle Interessen, die da versammelt sind, sich zu Wort melden können.

Bitte! Das ist kein Misstrauensvotum gegenüber dem Gemeinderat. Aber, die Entscheide, die wir fällen müssen, um den Klimaschutz bis ins Jahr 2050 sicherzustellen, die sind von grosser Tragweite. Sie könnten von sehr grosser Tragweite sein für einzelne Gruppen in Zollikofen. Und wenn das breiter abgestützt ist, im Grossen Gemeinderat abgestützt ist, wird das auch von der Bevölkerung besser mitgetragen. Auch für den Gemeinderat ist es ökonomischer, gehe ich davon aus, wenn man das einmal pro Legislatur in einer ganz grossen Diskussion führen kann, so muss man nämlich nicht mit einzelnen Anträgen und Vorstössen im Grossen Gemeinderat über dieses Thema kämpfen. Vieles, haben wir gehört, ist in Zollikofen schon auf dem Weg. Ich sehe und anerkenne das auch. Die Gemeinde fängt an zu arbeiten, sie hat jetzt viel Arbeit damit. Gerade deshalb lehne ich den Antrag des Gemeinderats, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, ab. Anstatt die aufgegleisten Massnahmen vorwärtszutreiben, hätten Verwaltung und Gemeinderat mit dem Postulat wieder weitere Prüfaufträge am Hals und am Schluss hätten wir noch nichts. Das will ich nicht.

Ich möchte also, dass wir den Klimaschutz von Zollikofen künftig auf der Stufe Grosser Gemeinderat verhandeln können. Das ist der einzige Entscheid, den ihr heute verbindlich fällen müsst. Alles andere – wie sagt man so schön, ist Beilage!

Wie genau die Klimabilanz und die Strategie aussehen sollen. Wie ein Förderprogramm und seine Finanzierung geregelt werden. All das können und müssen wir in diesem Rat erst entscheiden, wenn der Gemeinderat uns das Reglement vorlegt.

Noch einmal, wir entscheiden heute über die Rollen- und Aufgabenteilung von Gemeinderat und Grosse Gemeinderat bei der Steuerung des Klimaschutzes. Alles Weitere bestimmen wir später. Damit schliesse ich. Ich beantrage die Erheblichkeitserklärung der Motion und bedanke mich für eure Unterstützung.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Der Motionär hat es gesagt, mit dieser Motion soll der Gemeinderat beauftragt werden, ein Klimareglement zu erarbeiten mit diversen Inhalten und der Gemeinderat schaut das nicht als Misstrauensvotum an, also in gar keiner Art und Weise, das ist direkte Demokratie, es hat verschiedene Gewalten und das ist auch gut und daher ist man sich auch nicht immer einig und das ist auch normal. Das Klimareglement soll beispielsweise die Klimabilanz, den Absenkpfad, Massnahmenplan (Netto-Null-Fahrplan), eine Spezialfinanzierung und Verfahren und Zuständigkeiten regeln.

In der Antwort des Gemeinderats sind die einzelnen Punkte detailliert begründet, das möchte ich nicht alles nochmals wiederholen. Der Gemeinderat kommt zum Schluss, dass die Motion als Postulat entgegengenommen werden möchte. Inhaltlich gibt es keine Differenzen, es ist einfach eine Frage des

Weges, wie man das erreichen möchte. Die Gemeinde ist unterwegs Richtung Energiestadt Gold-Label. Jetzt sind wir daran. Energiestadt Gold heisst zwingend, dass der Gemeinderat eine Klimastrategie erarbeiten muss, welche eben mehrheitlich die Punkte, die jetzt mit dem Reglement gefordert werden, aufnimmt. Der Unterschied ist, wie es der Motionär gesagt hat, die Zuständigkeit. Das Reglement ist in der Zuständigkeit des Parlaments und die Strategie in der Zuständigkeit des Gemeinderats. Wir haben in den letzten Jahren nicht wenige überwiesene Vorstösse, die wegen fehlender Ressourcen, aber auch wegen fehlendem Know-how, anderen dringlichen Inhalten, die ihr bestens kennt resp. die aufgekommen sind, warten mussten.

Jetzt endlich, am 1. Mai, nimmt der Umweltbeauftragte bei der Gemeinde Zollikofen seine Arbeit auf. Das ist wirklich ein Wendepunkt. Ich schaue sehr optimistisch auf die Zeit, dass wir wirklich dort jetzt jemanden haben, der sich den verschiedenen berechtigten Anliegen annehmen kann. Jetzt wollen wir die Pendenzen angehen, dazu gehört auch die Klimastrategie. Dieses Jahr findet übrigens noch ein Re-Audit der Energiestadt statt und so können wir schauen, wo wir stehen auf diesem ganzen Weg. Ich bin sehr gespannt darauf und freue mich dann, im Namen des Gemeinderats darüber zu informieren. Wir haben jetzt diverse Sachen auf dem Pendenzenhäufchen, ich sage es mal so, ein bisschen salopp und zusammen, mit den vielen Punkten, die wir haben, möchte der Gemeinderat auch das Klimareglement überprüfen und möchte nicht direkt jetzt einen verbindlichen Auftrag entgegennehmen und deshalb beantragt der Gemeinderat die Annahme als Postulat. Vielen Dank, wenn ihr dem Antrag folgen könnt.

Stefan Zingre (SVP): Auch wir seitens SVP-Fraktion sind klar für sinnvolle Massnahmen zum Klimaschutz. Wir sind für Massnahmen, die uns helfen sollen, uns bis 2050 weitmöglichst aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu befreien. Wir sind auch dafür, die Netto-Null-Ziele bis 2050 zu erreichen.

Der Weg über die vorliegende Motion ist aber aus Sicht der SVP-Fraktion der Falsche. Wieso? Wir haben es vorhin von Mirjam schon gehört. Wie wir wissen, ist vor rund sechs Jahren entschieden worden, dass unsere Gemeinde das Label Energiestadt Gold erreichen soll. Die meisten Punkte, die in der Motion verlangt werden, also so oder so umgesetzt werden müssen. Das bedeutet, wir haben ganz viele Doppelspurigkeiten, die es nicht braucht. Im MZ auf Seite 3 vom 18. April konnten wir lesen, dass im Moment acht Anträge alleine zum Thema Klimaschutz bei der Gemeinde pendent sind, welche aufgrund fehlender Ressourcen bisher nicht umgesetzt werden konnten. Aus meiner Sicht wird dort auch die neue Stellenbesetzung, welche am 1. Mai anfängt, kurzfristig nicht helfen können. Das heisst, wir wollen die Gemeinde mit sowieso schon knappen Ressourcen, nicht zusätzlich noch mit dieser Motion überhäufen.

Seitens SVP stehen wir seit vielen Jahren dafür ein, dass die bürokratischen Auflagen und Vorschriften kleiner anstatt immer grösser werden um nicht nur das Gewerbe, sondern auch unsere Gemeinde wo immer möglich zu entlasten. Daher lehnen wir die Motion ab, damit die Mitarbeitenden auf der Gemeinde sich wirklich anderen pendenten Geschäften zuwenden können.

Ich möchte noch auf Punkt 4 der Motion eingehen, worin es um die Spezialfinanzierung Klimaschutz geht. Bei diesem Punkt geht es darum, dass ein Topf für Spezialfinanzierung Klimaschutz erstellt werden soll, welcher sich aus mindestens 50 Prozent durch Konzessionsabgaben auf Strom- und Gasverbrauch alimentiert. Diese mindestens 50 Prozent entsprechen heute immerhin gut Fr. 200'000.00, das ist bis jetzt auch noch nicht erwähnt worden, das ist ein anständiger Betrag. Ich möchte einfach verhindern, dass wenn die Motion heute Abend angenommen würde, die Fr. 200'000.00 an einem anderen, evtl. wichtigeren Ort fehlen.

Seitens Bund und Kanton gibt es aus meiner Sicht heute bereits ganz viele Programme für die Unterstützung bei energetischen Sanierungen. Und hier noch ein kleiner Hinweis am Rande, auch die Banken haben spezielle Förderprogramme für energetische Sanierungen. Da kann auf ein eigenes Programm seitens Gemeinde mit gutem Gewissen verzichtet werden. Bitte erlaubt mir, folgende Frage zu stellen: Welche Bevölkerungsschicht würde aus unserer Sicht am meisten von dieser Motion profitieren? Ich bin der Meinung, es wären die eh schon besser gestellten und vermögenderen Eigenheimbesitzer. Was hätten aber die sozial schwächeren Bürgerinnen und Bürger in Zollikofen vom Klimaschutzreglement? Ich bin der Meinung, gar nichts. Und das wäre auch nicht unbedingt nur fair, dass die eh schon privilegierten Eigenheimbesitzer mit der Motion zusätzlich bessergestellt würden. Noch ein weiteres Argument: Wie die meisten hier wissen, arbeite ich ja bei einer Bank und habe in meinen über 20 Jahren die einen oder anderen Kunden bedient, die sanieren möchten. Nicht gerade tagtäglich, aber sicher wöchentlich habe ich mit solchen Kunden zu tun. Mit Sanierungen, energetischer

Natur. Und in den über 20 Jahren hätte ich nie einen Kunden gehabt, der zu mir gekommen wäre und gesagt hätte: Jawohl, jetzt erhalte ich noch die Fr. 3'000.00 der Gemeinde X, jetzt saniere ich meine Fenster endlich. Der Weg ist genau umgekehrt. Sie kommen und sagen: Ich möchte gerne die Fenster sanieren, sie haben einen Kostenplan und gehen dann, nach dem Entscheid, die Beiträge einholen.

Ich bin überzeugt, dass wenn wir die Motion annehmen würden, wir seitens Gemeinde zwar nicht Fr. 200'000.00 mindestens ausgeben, aber kein einziger in Zollikofen wird den Entscheid fällen, wegen den Fr. 3'000.00 oder Fr. 5'000.00 je nach Sanierung sein Projekt nicht entsprechend voranzutreiben. Zum letzten Punkt: Wir konnten es lesen in der Antwort des Gemeinderats im Antrag, Seite 4, ich zitiere: «Die Zweckbindung resp. Spezialfinanzierung wurde in der Vergangenheit bereits mehrmals vom Grossen Gemeinderat abgelehnt», Zitat beendet. Genau, wir haben uns in diesem Kreis hier bereits mehrfach gegen eine Zweckentfremdung dieser Gelder aus den Konzessionsabgaben ausgesprochen und aus meiner Sicht müssen wir es auch heute Abend wieder tun.

Aus diesem Grund bitte ich euch nicht nur Punkt 4 dieser Motion abzulehnen, sondern, lehnt bitte die ganze Motion ab. Seitens SVP-Fraktion jedenfalls werden wir alle Punkte der Motion geschlossen ablehnen, weil aus unserer Sicht die bestehenden Reglemente und Strukturen auf Ebene Bund und Kanton ausreichen, da benötigt es wirklich gar nichts auf Stufe Gemeinde. Treu nach dem Motto Gemeinde entlasten anstatt mit dieser Motion belasten.

Marcel Remund (FDP): Für uns stellt sich bei dieser Motion die Frage, welchen Nutzen ein neues Klimaschutzreglement dem Klima bringen würde. Es scheint eher so, als würde das Reglement zu mehr Aufwand und damit zu höherem personellen Einsatz für die Gemeinde führen. Die Auswertung und Kommentierung von Klimabilanzen sowie die Veröffentlichungen von Absenkpfeilen sind «nice to have», aber sicherlich nicht entscheidend im Umbau zu einer klimaneutralen Energieversorgung. Der Umbau zur Klimaneutralität ist im Gange und wird durch die privaten Akteure getragen, sei es bei Bauvorhaben oder durch Innovation im Energiebereich. Und dort, wo es noch Anpassungen von staatlichen Rahmenbedingungen braucht, wie z. B. bei der Erstellung von neuen Grosssolaranlagen in den Alpen oder Kapazitätserweiterungen von Wasserkraftwerken, liegt die Kompetenz auf Bundesebene.

Was aus unserer Sicht am geforderten Reglement am Schädlichsten ist, ist Schaffung einer Spezialfinanzierung Klimaschutz. Dies ist nichts anderes als eine verdeckte Steuererhöhung. Dem allgemeinen Steuerhaushalt würden Mittel entzogen. Es ist wieder mal ein typisch linkes Umverteilungsvorhaben. Das Geld wird auf der einen Seite genommen und dann wieder umverteilt, im Irrglauben, dass staatliche Stellen besser als private Akteure wissen, was zu tun ist. Zudem ist fraglich, ob eine Finanzierung durch Konzessionsabgaben auf Strom- und Gasverbrauch rechtlich überhaupt zulässig ist. Das Verwaltungsgericht Bern hat entschieden, dass die Erhebung einer Förderabgabe auf Strom durch die Stadt Thun zur Schaffung eines Energiefonds gegen die Verfassung des Kantons Bern verstösst. Ob die in der Motion geforderte Finanzierungsart 1:1 vergleichbar ist, kann ich nicht beurteilen. Aber nebst der inhaltlichen Kritik an die Spezialfinanzierung stellen sich auch rechtliche Fragen.

Fazit: Ein Klimaschutzreglement bringt wenig fürs Klima, bringt jedoch mehr Bürokratie und finanzielle Belastungen für den Bürger. Die Motion können wir daher nicht erheblich erklären.

Bruno Vanoni (GFL): Nach diesen beiden Voten möchte ich wieder zurückkommen auf die Ausführungen des Motionärs, worum es eigentlich heute geht. Bereits ist viel diskutiert worden über einzelne Massnahmen, wem diese zugutekämen oder warum man die Spezialfinanzierung nicht einführen soll etc. Aber eigentlich geht es heute wirklich darum: Wollen wir dem Gemeinderat in Auftrag geben, einen Reglementsentwurf zu machen, welcher uns dann vorliegt, damit das Gemeindeparlament entscheiden kann über wichtige Zielsetzungen, Grundsätze, Instrumente, die wir brauchen, um die Klimaneutralität bis ins Jahr 2050 zu erreichen. Darum geht es.

Vielleicht ist gerade gut, wenn die Schülerinnen und Schüler da sind, zum ihnen das vielleicht zu erklären, was ist das überhaupt, ein Reglement. Ein Reglement ist auf Gemeindeebene dasselbe, wie ein Gesetz auf Kantons- oder Bundesebene. Es ist auf derselben Stufe das Parlament, das jeweils über die Regelungen entscheidet. Also – hier entscheidet der Grosse Gemeinderat über ein Reglement auf Gemeindeebene, auf Bundesebene entscheidet der National- und Ständerat über ein Gesetz und beim Kanton entscheidet der Grossrat, das Kantonsparlament, über ein. Der Witz daran ist, bei allen Ebenen, am Schluss könnte man noch mit einer Unterschriftensammlung erreichen, dass das Volk

das letzte Wort hat. Wir haben das in der Juni-Abstimmung – Entschuldigung, wenn ich ein bisschen staatsbürgerlichen Unterricht mache – im Juni gibt es eine umstrittene Abstimmung über das Energiegesetz. Das ist vom Bundesparlament beschlossen worden, es gibt Leute die nicht damit einverstanden sind und haben Unterschriften gesammelt und jetzt gibt es eine Volksabstimmung. Was will ich damit sagen: Auch da, wenn wir ein Reglement machen, so hätten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über das fakultative Referendum das Recht zu sagen, finden Sie die Ziele/Massnahmen gut oder nicht.

Stellt euch mal vor: Auf Bundes- oder Kantonebene sagt das Parlament: Klimaschutz ist wichtig, wir wollen etwas machen. Aber sie sagen: Neinnein, darüber möchten wir aber keine Regeln erlassen, das soll die Regierung machen. Also – ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass ein Kantons- oder ein Bundesparlament so etwas sagen würde. Im Gegenteil, die werden Gesetze erlassen. Genau gleich wie wenn wir finden, der Grosse Gemeinderat soll als Parlament der Gemeinde ein Reglement erlassen und das Wichtige regeln. Entschuldigung für den kleinen Exkurs, aber vielleicht hilft es zum Verständnis, nicht nur von den Schülerinnen und Schülern, sondern von uns allen.

In der Grünen Fraktion haben wir uns sehr gefreut, dass der Gemeinderat die Forderungen 1 bis 3 der Motion, das muss man auch noch sagen, die Motion hat ja 4 Forderungen, durchwegs positiv beurteilt und ankündigt, punkto Klimabilanz, Absenkpfad im Rahmen einer Klimastrategie und Massnahmenplan weiter- bzw. vorwärts zu machen. Verschiedene dieser Forderungen sind ja – insbesondere im Zusammenhang mit der Motion für Energiestadt Gold und anderen Beschlüssen des Grossen Gemeinderats – bereits in Arbeit oder beauftragt, diese zu erfüllen.

Aufgrund der Stellungnahme, positiv zu den Forderungen 1 bis 3 hätten wir eigentlich gerne gehabt, wenn jemand, der Gemeinderat oder der Motionär oder wer auch immer beantragt hätte, dass wir ziffernweise abstimmen. Weil – so könnten wir den ersten 3 Ziffern, die eigentlich unbestritten sind zustimmen und über die 4. Ziffer noch streiten. Wir finden in der GFL-Fraktion, dass es gute Gründe gibt, ein Klimareglement in Auftrag zu geben, eben, um den Grossen Gemeinderat miteinzubeziehen und Arbeit, die bei der Verwaltung geleistet würde und die Absichten, die der Gemeinderat uns auch gesagt hat, besser abzustützen in einem Parlament, in welchem alle Parteien vertreten sind.

Wenn es Leute gibt, die nicht einverstanden sind mit dem, was beschlossen wurde, sollen somit die Möglichkeit erhalten, die Abstützung im Volk zu erhalten.

Wir finden, das ist eine gute Gelegenheit, um auch ein Dach über all die verschiedenen Einzelmassnahmen, die bereits hängig sind – man hat von den acht hängigen Motionen gesprochen – zu machen. Ein zentraler Punkt bei den Klimareglementen, die es schon gibt im Kanton Bern: Es war immer die Diskussion, was ist das Zieljahr, bis wann soll eine Gemeinde ihre Beiträge leisten, um die Klimaneutralität zu erreichen. Ist das 2050, wie es in der Kantonsverfassung steht oder ist es schon früher. Wie wir eigentlich aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu verpflichtet wären und auch aufgrund der Vorbildrolle, welche eine Gemeinde hat, müssten wir eigentlich ein früheres Zieljahr einsetzen. Aber wie gesagt, das entscheiden wir nicht heute Abend. Das wäre der Sinn einer Diskussion in einem Klimareglement, über eine so zentrale Frage zu entscheiden.

Ich gebe zu, in der GFL-Fraktion sind wir in Bezug auf die 4. Forderung, die Spezialfinanzierung, nicht ganz einig gewesen. Wir finden, man könne das Instrument sicher prüfen, aber nicht alle von uns sind der Meinung, dass man sich jetzt schon verbindlich festlegen soll auf eine Spezialfinanzierung, welche, wie es Stefan gesagt hat, jährlich etwa mit Fr. 200'000.00 gespiesen werden müsste. Wir finden aber, wenn der Gemeinderat einen Reglementsentwurf vorlegt, ob mit oder ohne Spezialfinanzierung, können wir hier innen dann nochmals fundierter über die Frage diskutieren und dann entscheiden, ob es eine Spezialfinanzierung braucht oder nicht.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen in der Argumentation des Gemeinderats, worin er zwar gegen die Spezialfinanzierung angefügt hat, aber eigentlich ist es eine Aussage, welche ein bisschen tiefer blicken lässt, nach meiner Meinung. Und zwar, es ist die Aussage: Er will, dass Massnahmen für den Klimaschutz weiterhin über den Budgetweg bewilligt werden und nicht aus einem «Spezialkässeli» oder aus einer Spezialfinanzierung heraus. Und er begründet den Verzicht auf eine Spezialfinanzierung auch damit, dass damit die Gleichbehandlung mit anderen selbstgewählten freiwilligen Gemeindeaufgaben gewährleistet bleiben. Und mit dieser Formulierung bringt der Gemeinderat eigentlich zum Ausdruck, dass er die angestrebte Aufgabe Klimaschutz, Energie sparen, Umstieg auf erneuerbare Energien fördern, dass er das als selbstgewählte freiwillige Gemeindeaufgabe betrachtet. Und das geht meiner Meinung nach nicht mehr, das ist nicht zulässig. Seit September 2021 schreibt die Kantonsverfassung im damals vom Volk mit grosser Mehrheit angenommenen Klimaschutz-Artikel vor, dass nicht nur der Kanton Bern, sondern auch seine Gemeinden im Rahmen ihrer

Kompetenzen den erforderlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 leisten müssen. So steht es in der Kantonsverfassung. Das ist ein verbindlicher Auftrag, nicht selbstgewählt oder freiwillig, es ist ein klar definierter Auftrag, zu welchem Ziel dieser spätestens führen soll. Und der Zustimmung zur Motion, mindestens bei den Punkten 1 bis 3 können wir heute zum Ausdruck bringen, dass wir als Gemeindeparlament den Auftrag der Kantonsverfassung und den Auftrag, welcher das Volk mit der Abstimmung gegeben hat, dass wir diesen ernst nehmen und mithelfen wollen, das gesteckte Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Und ich bitte euch deshalb wirklich darum, das Zeichen zu setzen und die Motion als verbindlichen Auftrag zu überweisen. Jetzt geht es um den Grundsatz, um das Reglement, welches wir erlassen möchten.

Raymond Känel (Die Mitte): Markus hat es in seiner Wortmeldung sehr gut rübergebracht – die Aufgabenteilung und den Zweck des Reglements und trotzdem, das habe ich von Daniel Bichsel gelernt, möchte ich auch darauf hinweisen: Der Text in deiner Motion ist verbindlich. Das heisst, wenn es irgendeinen Punkt gibt, welchen wir nicht möchten, dann können wir nicht einfach sagen: Ja dieser, der ist nicht so gemeint oder ähnlich, wir können es dann trotzdem anders machen. Nein, es ist verbindlich und schon aus dem Grund – wer gegen die Spezialfinanzierung ist, muss die Motion ablehnen. Ich möchte aber auch eine Lanze brechen und sagen: Der Gemeinderat und die Departemente sind ja wirklich daran. Der Beschluss zum Gold-Label – und ich bin schon ein paar Jahre im Grossen Gemeinderat – ist schon vorher gefasst worden und endlich stehen wir jetzt am Punkt, an welchem die Ressourcen da sind und man beginnen kann, daran zu arbeiten. Und jetzt kommen wir wieder – immer wieder, mit neuen Vorstössen und machen es der Verwaltung und dem Gemeinderat wieder schwer mit neuen Aufträgen und ich glaube schon: Es ist jetzt Zeit, jetzt sind die Ressourcen da, jetzt gehen wir hinter das Gold-Label und schauen, was dabei herauskommt und ich bin auch überzeugt, dass sehr viele der Punkte aus der Motion dort drinnen enthalten sind und somit gelöst werden. Ich würde es als zielführender finden von den Parteien, welche ja vor allem im Gemeinderat mit zwei Gemeinderäten und im Departement Leute von ihren Parteien haben oder Sympathisanten – ihr statt eure Gemeinderäte mit neuen Vorstössen einzudecken, vielleicht in lösungsorientierten Sitzungen helfen würdet, in den Geschäften vorwärtszukommen. Ich habe das Gefühl, das wäre viel zielführender als immer neue Vorstösse einzugeben.

Bruno Vanoni (GFL): Ich möchte nur eine kleine Replik ansetzen zur Empfehlung von Raymond an die Adresse der Parteien. Wir haben mitgekriegt an Sitzungen, z. B. bei einer Begleitgruppe für Energiestadt Gold. Arbeiten an diesen Sitzungen sind im Januar 2023 abgeschlossen worden. Und seither, das hat Mirjam gesagt, hat es an personellen Ressourcen gefehlt um an diesen Grundlagen, welche erarbeitet worden sind, weiterzuarbeiten. Und das haben wir auch akzeptiert. Wir Grünen haben uns zurückgehalten mit weiteren Vorstössen in letzter Zeit. Aber ich finde – so schön färberisch kann man es nicht darstellen, wie du es gemacht hast. Es hat auch am Willen des Gemeinderats gefehlt – oder von der Mehrheit des Gemeinderats – rechtzeitig die personellen Ressourcen zu schaffen oder man hätte vielleicht auch extern ein Know-how hereinholen können, so wie man es jetzt in der Notlage bei den Schulraumplanungen auch gemacht hat. Ich möchte aber keine Vorwürfe machen. Wir haben einfach schon viel Zeit verloren, wir sollten keine weitere mehr verlieren. Und wenn wir ein Reglement ausschaffen, dann ist das eigentlich nur ein Gerüst für all die Massnahmen, die wir dann beschliessen. Es ist kein Zusatzaufwand, weil das, was in diesem Reglement stehen wird, muss früher oder später sowiso beschliessen werden. Und wenn es in einem Reglement, geballt mit einer gesamtheitlichen Sicht gemacht werden kann, dann kommt das bestimmt besser heraus.

Markus Wüest (SP): Spannend die Voten, danke. Den mit dem europäischen Menschenrechtsgericht muss ich jetzt doch noch bringen. Die meisten von euch haben ja sicher gehört, ein paar haben gedacht: «Hoppla» oder «Hallo», was will jetzt der da? Also – die Aufforderung, die der Gerichtshof gemacht hat, der betrifft die Schweiz, die Kantone, die Gemeinden und – die wichtigste Aufforderung ist schon: Kümmert euch darum. Also, wenn jetzt der Grosse Gemeinderat die Motion ablehnt – er will nicht einmal darüber reden – dann ist das schon nicht unbedingt das, was man gesucht hat. Es geht wirklich um das. Man müsste regelmässig, in einem geordneten Rahmen, alle Legislaturperioden einmal mindestens über das Thema reden können. Ich weiss, das Goldstadt-Label ist super, aber es schliesst sich gar nicht aus. Die Gemeinde Köniz hat das Label schon lange und hat trotzdem kürzlich das Klimaschutzreglement beschliessen. Der Aufwand für die Gemeinde, welcher Marcel angesprochen hat, der fällt einmal an beim Gemeinderat für das Reglement, aber er fällt vor allem auch da an.

Aber für das ist der Grosse Gemeinderat ja da. Der Grosse Gemeinderat soll Politik machen können und über so wichtige Themen, wie den Klimaschutz, reden und verhandeln und die Interessen, die da auseinanderlaufen miteinander versöhnen oder wenigstens eine Mehrheit finden können. Und ich weiss, ich habe das auch gesehen in der Stellungnahme des Gemeinderats – ich habe es aber auch gehört in der Gold-Label-Diskussion, in welcher sich verschiedene Fraktionen geäussert haben: Ja, dann macht das halt, aber ihr müsst dann nicht etwa meinen, es gäbe Geld dafür. Das ist die wichtigste Motivation gewesen. Stefan Zingre hat es gesagt: Fr. 200'000.00 im Jahr stehen im Raum, wenn man das so an dieser Lizenzeinnahme resp. Konzessionseinnahme misst.

Es ist euch schon bewusst, heute Abend haben wir fast Fr. 2 Mio. gesprochen für drei Strassensanierungsprojekte. Also – jetzt müssen wir auch die Relationen wahren. Fr. 200'000.00 ist schon nicht ganz dasselbe, wie was wir heute Abend schon beschlossen haben und es steht in keiner Art und Weise im Raum, dass ihr das jetzt beschliesst. Raymond, natürlich muss der Gemeinderat das vorschlagen, eine Spezialfinanzierung – und der Grosse Gemeinderat kann es nachher ablehnen oder anders machen. Das ist doch überhaupt kein Thema. Und – der Banker: Es ist wahr, die Reichen können immer zu dir kommen und einen Kredit holen. Aber wenn wir z. B. eine Kreditrisikoabsicherung hätten für jemand, der dann vielleicht nicht genügend Eigenkapital hat, kann er auch etwas realisieren, ohne genügend Eigenkapital zu haben. Das wäre eine günstige Möglichkeit. Also. Fazit: Wir haben den Vorschlag im Raum gehabt von den Grünen, man könnte einzeln über die Punkte abstimmen. Mit dem wäre ich einverstanden, das können wir machen. Aber, ich möchte es trotzdem nicht in ein Postulat umwandeln.

Manuel Buser (GFL): Ich war bei der Begleitgruppe Energiestadt Gold dabei und hatte den Eindruck, dass von dort keine grossen Würfe zu erwarten sind, wenn nicht der Grosse Gemeinderat auf strategischer Ebene Ziele vorgibt, so wie es ja seine Aufgabe ist. Wir sind eine steuergünstige Gemeinde in einem der reichsten Länder der Welt, die zwar viel über Klimaschutz redet, aber – gemessen an seinen riesigen Möglichkeiten – so wenig dafür macht. Dabei würde Klimaschutz eigentlich rentieren, wenn man es richtig macht.

Stimmen wir bei dieser Vorlage im Interesse der nächsten Generation. Sie wird als erste diese Krise, die in der Geschichte der Menschheit beispiellos ist, voll ausbaden. Die Forderungen der Motion sind bescheiden. Ich hoffe, dass die Erheblichkeit im Grossen Gemeinderat gesehen wird.

GGR-Präsident Fritz Pfister (SVP): Wir kommen zur punktweisen Abstimmung der Motion.

Beschluss

Punktweise Beschlussfassung:

1. Antrag 1 «Auswertung und Bekanntmachung der Klimabilanz» wird erheblich erklärt (mehrheitlich für Erheblicherklärung)
2. Antrag 2 «Erstellung und Veröffentlichung eines Absenkpffads» wird erheblich erklärt (mehrheitlich für Erheblicherklärung)
3. Antrag 3 «Erstellung und Veröffentlichung eines Massnahmenplans» wird erheblich erklärt (mehrheitlich für Erheblicherklärung)
4. Antrag 4 «Schaffung einer Spezialfinanzierung Klimaschutz» wird abgelehnt (15 Stimmen für Erheblicherklärung, 16 Stimmen dagegen)
5. Antrag 5 «Regelungen zu Verfahren und Zuständigkeiten» wird erheblich erklärt (18 Stimmen für Erheblicherklärung, 16 dagegen)